

**Die Standortdebatte als Instrument
neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik**

SE Politische Theorie

„Neoliberalismus als Theorie und Praxis“

Univ.-Prof. Eva Kreisky

Michaela Higlatsberger

Matr. Nr.: 9305057

St.-Kz.: 085/300

E-Mail: higlatsberger.michaela@aon.at

Wien, am 16. Dezember 2003

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	3
I. DER NEOLIBERALISMUS: THEORIE UND BEDEUTUNG.....	4
1.1. DIE WIRTSCHAFTSORDNUNG DES NEOLIBERALISMUS.....	4
1.2. DIE GESELLSCHAFTSORDNUNG DES NEOLIBERALISMUS.....	7
1.3. DER AUFSTIEG DES NEOLIBERALISMUS ZUM BESTIMMENDEN NARRATIV DER GEGENWART	8
II. DIE STANDORTDEBATTE IN ÖSTERREICH	12
2.1. DIE BEDEUTENDSTEN ARGUMENTATIONSLINIEN IM DISKURS.....	12
2.1.1. <i>Das Kostenargument in Verbindung mit der Globalisierung.....</i>	<i>12</i>
2.1.2. <i>Deregulierung, Privatisierung & schlanker Staat.....</i>	<i>15</i>
2.2. DIE AKTEURE IN DER HEIMISCHEN STANDORTDEBATTE	17
III. AUSWIRKUNGEN DER NEOLIBERALEN POLITIK IN DER PRAXIS.....	21
3.1. ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNGSFORMEN	23
RESÜMEE	26
BIBLIOGRAPHIE	27

Einleitung

In Verbindung mit der Diskussion um die Globalisierung erlebt die so genannte Standortdebatte seit Ende der 90er Jahre in Österreich eine Hochkonjunktur. Als Antwort auf die gegenwärtige Krise des Kapitalismus, die sich vor allem in steigenden Arbeitslosenzahlen und sinkendem Steueraufkommen manifestiert, wird im Zuge dieser Debatte in erster Linie die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes durch Senkung der Lohn(neben)kosten und Steuern für Unternehmen als einziger Ausweg aus der Wirtschaftskrise genannt.

Diese Positionen sind keineswegs neu und lassen sich bereits in ähnlichen Debatten in Österreich in der Zwischenkriegszeit finden - vor allem aber können sie bei den Gründervätern des Neoliberalismus wie Hayek oder Mises nachgelesen werden. Neu ist allerdings die breite Unterstützung, die diese Argumentationslinien bei breiten Teilen der Bevölkerung genießen. Die Verunsicherung ist groß, und spätestens seit Karl-Heinz Grasser mit seinem PR-Geniestreich das Nulldefizit en vogue gemacht hat, scheint sich in Österreich das Kostenargument durchgesetzt zu haben: Sparen ist in, Sozialabbau wird nicht nur akzeptiert, sondern bringt sogar Wählerstimmen.

Kapitel 1 beschäftigt sich mit den wichtigsten Grundannahmen der neoklassischen Wirtschaftstheorie. Darüber hinaus soll gezeigt werden, wie es im Laufe der letzten Jahrzehnte durch eine gezielte Beeinflussung des öffentlichen Diskurses dazu kommen konnte, dass sich jene Rezepte der neoklassischen Wirtschaftslehre, die bereits im Hochkapitalismus und vor allem in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre nicht funktioniert haben, jetzt erneut als alternativlose, einzig wirksame Allheilmittel gegen die seit den 70er Jahren wieder vermehrt auftretenden Krisen des Kapitalismus etablieren konnten.

Die Standortdebatte als bedeutender Diskurs zur Etablierung neoliberalen Gedankengutes und v. a. neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wird in Kapitel II beleuchtet. Es soll veranschaulicht werden, wie sehr die Argumentationslinien der gegenwärtigen Diskussion rund um die Wettbewerbsfähigkeit des „Standortes Österreich“ von neoliberalen Ideen beherrscht werden. Gleichzeitig soll auch versucht werden, die gängigsten Argumente der Debatte differenzierter zu betrachten, als dies derzeit in der öffentlichen Diskussion geschieht.

Das Schlusskapitel beschäftigt sich schließlich mit den Auswirkungen der neoliberalen und neokonservativen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die in Österreich vor allem seit dem Regierungswechsel im Jahr 2000 dominiert. Die gravierenden Reformen, die immer wieder mit der Wettbewerbsfähigkeit des Landes begründet werden, wirken sich bereits in vielen Politikfeldern zum Nachteil der Bevölkerung aus. Am Beispiel der Arbeitswelt soll gezeigt werden, wie weit der Umbau vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat bereits fortgeschritten ist.

I. Der Neoliberalismus: Theorie und Bedeutung

Die theoretischen Grundlagen des Neoliberalismus sind bereits in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts entstanden, hatten aber bis in die 70er Jahre hinein kaum politische Relevanz. Die schlechten Erfahrungen mit dem sog. Laissez-faire-Kapitalismus des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, der durch ein Minimum an staatlicher Regelungen wirtschaftlicher Abläufe gekennzeichnet war, führten zu der Überzeugung, dass die Marktwirtschaft ein höheres Maß an Regulierung bedarf, um langfristig funktionieren zu können. Vor allem die Weltwirtschaftskrise in den späten 20ern und in den 30er Jahren hatte die Krisenanfälligkeit der freien Marktwirtschaft veranschaulicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich aus diesem Grund der Keynesianismus durch, der als wirtschaftspolitisches Konzept bis in die 70er Jahre hinein klar dominiert hatte und erst in den 80er und 90er Jahren in beinahe allen kapitalistischen Ländern gegenüber dem Neoliberalismus an Boden verloren hat.

Als Basis der liberalen Lehre gelten die zentralen Begriffe Freiheit und Selbstbestimmung, wobei Freiheit von Friedrich A. Hayek, einem der Vorreiter des Neoliberalismus und späteren Nobelpreisträger, definiert wird als „Zustand des Menschen, in dem Zwang auf einige von Seiten anderer Menschen so weit herabgemindert ist, als dies im Gesellschaftsleben möglich ist“ (Hayek 1971, 13). Die Selbstbestimmung des Menschen gilt in diesem Zusammenhang als höchstes Gut, ihr muss alles untergeordnet werden. Dieses hohe Maß an Freiheit ist nach Hayek nur in einer kapitalistischen Gesellschaft möglich, in der der Mensch ein selbstbestimmtes und freies Leben leben kann – auch wenn diese Selbstbestimmtheit mit Risiken verbunden ist. Alle Institutionen und staatlichen Bestimmungen, die diese Freiheit und Selbstbestimmtheit einschränken, werden abgelehnt - einzig und allein Justiz und Militär können im Neoliberalismus als unbestritten gelten, sie werden gebraucht, um Leben und Privateigentum zu schützen.

1.1. Die Wirtschaftsordnung des Neoliberalismus

Die Wirtschaftsordnung der neoklassischen Lehre basiert auf diesem oben beschriebenen Begriff der Freiheit. Ein garantiertes Privateigentum, Unternehmerfreiheit, Freiheit von Arbeitszwang, freie Berufsausübung und eine Rechtsordnung, die Sicherheit gewährleistet, gelten als Grundpfeiler dieses Modells. Der Staat hat die Aufgabe, diese Grundsätze zu garantieren, die wichtigsten Rahmenbedingungen festzulegen und in Folge lediglich als Schiedsrichter in diesem Wirtschaftsspiel zu fungieren.

Inwieweit der Staat aber regulierend in Wirtschaftsabläufe eingreifen darf und soll, wird innerhalb der neoliberalen Schule kontrovers diskutiert. Hayek beispielsweise vertraute vollkommen auf die selbstregulierenden Kräfte des Marktes und lehnte Interventionen aufgrund der Begrenztheit des menschlichen Verstandes generell ab, da sie letztlich zur Diktatur führen müssten. Aufgabe des Staates ist

es, Gleichheit vor dem Gesetz und Rechtssicherheit zu garantieren, alles andere regelt der Markt nach Hayeks Meinung ohnehin selbst¹ (Zapfel 2002, 71). Andere Vertreter der neoliberalen Schule sprachen und sprechen sich im Gegensatz zu Hayek für ein begrenztes Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Abläufe aus und befürworten das Vorhandensein diverser regulierender Institutionen, wie zum Beispiel Milton Friedman, der für die Schaffung einer unabhängigen Zentralbank plädierte.

Die deutsche Variante des Neoliberalismus, der Ordoliberalismus bzw. die Freiburger Schule, geht wesentlich weiter, vertraut aufgrund der Erfahrungen mit dem Manchesterliberalismus den Selbstregulierungskräften des Marktes nicht ganz so bedingungslos wie andere Vertreter der freien Marktwirtschaft und ist sich darüber hinaus auch des in der Bevölkerung vorhandenen Sicherheitsbedürfnisses bewusst (Zapfel 2002, 15ff). Walter Eucken als wichtigster Vertreter des Ordoliberalismus hat sich explizit gegen die Vorstellung der Marxisten und Laissez-faire-Kapitalisten² verwehrt, dass das ökonomische System einer gesetzmäßigen, quasi naturgegebenen Entwicklung folgen würde: *„Geschichte und somit auch Wirtschaftspolitik besteht aus menschlichen Handlungen. Sie darf nicht einseitig als ‚Prozess‘ aufgefasst werden – wie es üblich ist. In der Gestaltung der Ordnungsformen besteht die Möglichkeit zur Freiheit“* (Eucken 1960, 217).

Dem Staat wird also durchaus eine wichtige Rolle in der Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zugestanden. Den Handlungsbedarf sieht der Ordoliberalismus vor allem in der Ausarbeitung einer Wettbewerbsordnung, die volkswirtschaftlich negative Folgen wie Monopolbildung verhindern soll, nicht aber bezüglich einer aktiven Wirtschaftspolitik zur Verwirklichung von Vollbeschäftigung oder zur Ankurbelung der Konjunktur. Der Staat darf also nur dort eingreifen, wo Marktversagen auftritt, sonst aber ist die Wettbewerbsordnung als Statthalter der Freiheit und aus Gründen der Effizienz klar dem Staat vorzuziehen: *„Sie ist der einzige Ordnungstyp, welcher die Kräfte des Egoismus bündigt“* (Eucken 1960, 365).

Damit kommt aber auch den Wirtschaftswissenschaften eine neue Bedeutung zu: Ihre Aufgabe ist es nun nicht mehr ausschließlich, naturgesetzliche Abläufe zu beschreiben, sondern darüber hinaus auch normative Aussagen über künftige Entwicklungswege zu tätigen (Zapfel 2002, 25). Diese Ansicht steht allerdings im krassen Gegensatz zur Selbsteinschätzung neoklassischer bzw. neoliberaler WirtschaftswissenschaftlerInnen, die sich als ideologiefrei wahrnehmen und ihre Aufgabe lediglich in der Beschreibung von Naturgesetzen sehen.

Trotz der Einsichten des Ordoliberalismus in Bezug auf Marktversagen und soziale Problematik ist die Freiburger Schule klar liberal orientiert und nicht – wie fälschlich seit Jahrzehnten behauptet – als „Dritter

¹ Hayek stellte nicht in Abrede, dass auch das kapitalistische System nicht immer freien Wettbewerb und vollständige Konkurrenz garantieren kann, im Gegensatz zum Ordoliberalismus sah er aber auch bei Marktversagen keinen Grund für ein Eingreifen des Staates.

² Während der Marxismus eine vorgegebene Entwicklung hin zur Revolution des Proletariats und zur klassenlosen Gesellschaft sieht, bleiben nach liberalen Vorstellungen letztlich jene Regeln und Institutionen erhalten, die sich als zweckmäßig erwiesen haben.

Weg“ (Wilhelm Röpke) zwischen Liberalismus und Sozialismus zu sehen. Auch mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ hat diese Richtung wenig zu tun, da der Ordoliberalismus in den für soziale Marktwirtschaften typischen Handlungsfeldern wie Beschäftigungspolitik oder Konjunkturpolitik keinen Handlungsbedarf sieht, wie Eucken immer wieder betont hat.

Als Konsequenz dieser Theorie werden also fast alle staatlichen Institutionen zur Regulierung der Ökonomie abgelehnt. Jede Einmischung würde nach der neoliberalen Schule die natürlichen Abläufe stören und somit erst die wirtschaftlichen Probleme heraufbeschwören, die sie zu lösen versuche.

Ganz besonders negativ werden Gewerkschaften beurteilt: Sie würden das natürliche Gleichgewicht auf den Arbeitsmärkten stören, die Löhne in die Höhe treiben und so erst Arbeitslosigkeit verursachen. Ihre Macht setze wesentliche wirtschaftliche Mechanismen außer Kraft und würde die Gesetze des Marktes torpedieren, denn nur flexible Löhne könnten den natürlichen Gesetzen von Angebot und Nachfrage Rechnung tragen – was im Endeffekt allen ArbeitnehmerInnen nutzen würde, so die Theorie. Der Wohlfahrtsstaat mit seinen hohen Steuern, der unmäßigen sozialen Unterstützung für Arbeitslose und seiner Regulierung der Arbeitswelt durch Kollektivverträge, Mindestlöhne oder Arbeitszeitbeschränkungen trägt also in diesem Zusammenhang für den Neoliberalismus ebenso die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Krise der Gegenwart wie die Gewerkschaften mit ihren unmäßigen Lohnforderungen.

Die neoliberale Schule vertraut beinahe bedingungslos auf den Markt und seine so genannten „selbstregulierenden Kräfte“. Was man sich genau unter diesen geheimnisvollen Kräften vorstellen darf, bleibt ungesagt. Analog zu Adam Smiths „invisible hand“ geht der Neoliberalismus von natürlichen Marktgesetzen aus, die wie Naturgesetze aus der Physik etwa von Wissenschaftlern beschrieben, aber vom Menschen nicht wirklich beeinflusst, höchstens gestört werden können. Der Markt reguliert sich auf unerklärliche Weise selbst und dem Menschen bleibt nur die Möglichkeit, diese „Naturgesetze“ jenseits aller Ideologien anzuerkennen und sich entsprechend zu verhalten.

Diese vermeintliche „Entideologisierung“ der Ökonomie und ihre ausgesprochen einfachen Erklärungsmuster machen diese Theorie so beliebt und gleichzeitig immun gegen Kritik – denn wie soll man ein Naturgesetz kritisieren, das jenseits menschlichen Einflusses liegt? Die Theorie des Neoliberalismus kann kaum falsifiziert werden, da alle auftretenden Probleme auf menschliches bzw. staatliches Handeln zurückgeführt werden und nicht auf Fehleinschätzungen in der Theorie selbst. Nicht zu unrecht wird diese Ansicht der neoliberalen Theorie von Kritikern oft mit religiösen Anschauungen verglichen:

„Die neoliberale Weltdeutung bedarf inzwischen kaum noch einer wissenschaftlich formalen, rational erscheinenden Begründung, um ihren Argumenten und Forderungen Geltung zu verschaffen, sondern sie kann sich auf eine Art religiösen Glauben an die Allmacht der Marktgesetze und die menschlichem

Handeln unzugängliche „Naturgesetzlichkeit“ der Globalisierung stützen. Der Begriff Markt steht in der welterklärenden Rhetorik von Politikern, Journalisten, Wirtschaftsexperten und oft sogar bei wissenschaftlichen Autoren heute an der Stelle, wo einstmal der Name ‚Gottes‘ genannt wurde“ (Zinn 1998, 48).

1.2. Die Gesellschaftsordnung des Neoliberalismus

Die Gesellschaftsordnung des Neoliberalismus stellt wie die Wirtschaftsordnung das Individuum und seine Selbstbestimmung in den Mittelpunkt. Das Streben nach Glück, Besitz und Profitmaximierung machen dieses Individuum aus, die Existenz einer „Gesellschaft“ wird dabei bezweifelt oder wie von Margaret Thatcher kategorisch abgelehnt – was weit reichende Folgen hat: *„Gibt es keine Gesellschaft, können auch gesellschaftliche Kategorien, wie Solidarität, materielle Gleichheit, Umverteilung etc. nicht existieren oder gar Legitimität beanspruchen“* (Atzmüller 1997, 25).

Der Wohlfahrtsstaat europäischer Prägung wird von der neoliberalen Schule wie bereits erwähnt als Übel angesehen, materielle Ungleichheit hingegen als notwendig und unabwendbar. Sowohl Steuerprogression, als auch staatliche Transferleistungen tragen für die Vertreter dieser Schule nicht nur zu einer steigenden Staatsquote, zu steigender Staatsverschuldung und zu einer Störung der Kapital- und Vermögensbildung bei, sondern führen auch zu einer leistungsfeindlichen Versorgungsmentalität und zum Zerfall der Familie (Herkammer 1998, 15f). Der Tüchtige wird aus dieser Perspektive gesehen um seinen Ertrag gebracht, was massiv den Grundprinzipien der Freiheit und der Gleichheit vor dem Gesetz widerspricht.

Als Paradoxon in der Entwicklung des Neoliberalismus in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erscheint zunächst die Verbindung von neoliberalen und neokonservativen Kräften, da sich Liberalismus und Konservatismus bis ins 20. Jahrhundert hinein als Gegner wahrnahmen. Die veränderte Situation nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Ausbildung des Wohlfahrtsstaates und dem Bedeutungsgewinn der Linken ließ diese beiden Anschauungen jedoch zu einer Koalition zusammenwachsen. Das neoliberale Wirtschaftsmodell stellt kaum mehr einen Gegensatz dar zur bürgerlichen Ideologie mit einem starken Law-and-Order-Staat, einem Fokus auf die Institution Familie, auf Religion und bürgerliche Werte.

Diese „neue Rechte“ hat im Wesentlichen dieselben Ziele (und vor allem Feinde) und bildet seit den 80er Jahren eine relativ homogene Gruppe – zumindest was politische Gruppierungen anbelangt. Für gesellschaftliche Kräfte wie etwa die Kirchen scheint diese Koalition anders als etwa in den USA zumindest im europäischen Raum nicht mehr zu funktionieren. Die ÖVP-FPÖ-Koalition in Österreich sieht sich aufgrund ihrer neoliberalen Politik zusehends mit zum Teil scharfer Kritik von Kirchenvertretern und sozialen kirchlichen Einrichtungen wie der Caritas konfrontiert. Das Ende November 2003 erschienene „Sozialwort“³ der verschiedenen Kirchen Österreichs spricht sich klar gegen

³ Siehe dazu: www.sozialwort.at

den Neoliberalismus aus und verweist darauf, dass Sozialpolitik bzw. soziale Absicherung eine Frage des politischen Willens und nicht von ökonomischen Sachzwängen ist.

1.3. Der Aufstieg des Neoliberalismus zum bestimmenden Narrativ der Gegenwart

Der Neoliberalismus führte über viele Jahrzehnte hindurch ein kaum beachtetes Dasein, nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich mit dem Keynesianismus ein Wirtschaftsmodell durchgesetzt, das in vieler Hinsicht dem neoliberalen Modell widersprach. Keynes betonte, dass sich das kapitalistische System nicht, wie von der klassischen und neoklassischen Schule behauptet, durch naturgesetzliche Vorgänge im Gleichgewicht hält, sondern dieses Gleichgewicht nur in Ausnahmefällen erreicht – was ein Eingreifen des Staates in seinen Augen notwendig machen würde. Vor allem widersprach er der Ansicht, dass durch Lohnkürzungen und Sparpolitik Konjunkturschwächen überwunden werden könnten, da sich dadurch die Nachfrageschwäche und somit die ökonomische Krise nur noch verschärfen würde. Dieser Ansicht folgte die Wirtschaftspolitik – wenn auch bei weitem nicht immer konsequent - im Wesentlichen bis in die 70er Jahre.

In den 80er Jahren gelang es der neoliberalen Schule jedoch, sowohl in den Wirtschaftswissenschaften als auch in der Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Staaten zum dominierenden Modell aufzusteigen. Die Gründe für diesen Wechsel der Wirtschaftsmodelle sind vielfältig und werden oft mit der Krise des Keynesianismus und den geänderten Rahmenbedingungen und „Sachzwängen“ im Zuge der Globalisierung erklärt. Eine tiefergehende Analyse zeigt jedoch, dass es nicht zuletzt durch eine jahrzehntelange, gezielte Öffentlichkeitsarbeit und durch konsequente Lobbying-Strategien gelungen war, neoliberale Ideen im politischen und öffentlichen Diskurs geschickt zu etablieren. Nur in jenem Kontext ist erklärbar, warum der Neoliberalismus das „bestimmende Narrativ der Gegenwart“ (Kreisky 2001, 38) werden konnte.

Schon Hayek hatte erkannt, dass es nicht notwendig ist, Politiker zu einer neoliberalen Weltanschauung zu bekehren – Ziel muss es vielmehr sein, einen radikalen Wandel jenes Ideenklimas herbeizuführen, in dem diese Politiker agieren (Dixon 2000, 33). Zu diesem Zweck gründeten F. A. Hayek, Milton Friedman, Ludwig von Mises und Karl Popper 1947 die Mont Pèlerin Society, die als „Mutter“ aller rechtsliberalen Think Tanks gilt und eine zentrale Rolle für die Durchsetzung des Neoliberalismus als ideologische Hauptströmung im Kapitalismus gespielt hat. Der ideologische und politische Vormarsch neoliberaler Ideologien, der in vielen Politikfeldern längst noch nicht abgeschlossen ist, wurde in den letzten 50 Jahren wesentlich durch die Wissensproduktion von neo- oder rechtsliberalen Think Tanks initiiert (Plehwé/Walpen/Nordmann)⁴.

⁴ Der Text ist online zugänglich unter <http://www.buena-vista-neoliberal.de/texte/wahrpol.pdf>

Plehwe, Walpen und Nordmann haben sich intensiv mit der Mont Pèlerin Society beschäftigt, die mittlerweile weltweit über 1000 Mitglieder rekrutieren konnte. Vor allem Ökonomen, aber auch zahlreiche Politiker, Wissenschaftler, Journalisten und Unternehmer in hohen Positionen werden gezielt selektiert, um die politischen Vorstellungen des Neoliberalismus weltweit durchzusetzen. Mitarbeiter der auflagenstärksten Zeitungen werden dabei genauso gerne angeworben wie Zentralbank-Mitarbeiter oder Nobelpreisträger⁵.

Neben der Mont Pèlerin Society existieren weitere hundert Think Tanks und andere Organisationen, die im Umfeld der Mont Pèlerin Society tätig sind, wie etwa der Kroneberger Kreis in Deutschland, die Heritage Foundation in den USA oder das Centre for Policy Studies in Großbritannien. Auffallend dabei ist, dass es verhältnismäßig wenig Think Tanks gibt, die dem linken Spektrum zuzuordnen sind, also quasi ein „*regelrechtes Kartell neoliberaler Einflussnahme*“ (Dixon 2000, 31) durch rechtsliberale Think Tanks besteht.

Während vielerorts die Krise des Neoliberalismus ausgerufen oder voreilig gar schon sein Ende beschworen wird, konstituieren rechtsliberale Think Tanks eine weiterhin weitgehend unbekannte, international organisierte Interessenkonstellation, die eine globale Entfaltung des Kapitalismus anstrebt. Diesem Ziel widersprechen die gegenwärtigen Reformanstrengungen der sozialdemokratisch geführten Regierungen kaum, weil eine fortschreitende Entstaatlichung und eine zunehmende Akzeptanz erhöhter gesellschaftlicher Ungleichheit auf einen breiten Konsens auch in den sozialdemokratischen Mehrheitsfraktionen bauen kann. Die Idee, wonach eine umfassende kapitalistische Globalisierung mit gleichzeitigem Abbau des Sozialstaates als Sachzwang unausweichlich sei, ist nicht nur rechts, sondern auch links der politischen Mitte bereits fixer Bestandteil der Diskussion. Die Wettbewerbs- und Standortdebatte ist allgegenwärtig, das Prinzip der Umverteilung von oben nach unten scheint auch innerhalb der Sozialdemokratie an Boden zu verlieren (Plehwe/Walpen/Nordmann).

Neoliberalismus beinhaltet mittlerweile eine enorme Vielzahl diskursiver Produktionen, die von allgemeinen Weltdeutungen bis zu unzähligen Spezialdiskursen reichen. Den zentralen Bereich bildet die Ökonomie, aber auch Spezialdiskurse in Philosophie, Psychologie oder Naturwissenschaften dürfen nicht unterschätzt werden.

Nach Michel Foucault ist jeder soziale Bereich durch bestimmte Institutionen, Verhaltensformen, Diskurse und Regeln konstituiert. Jeder Bereich ist durch ein so genanntes Dispositiv gekennzeichnet, welches dessen Grenzen markiert. Damit werden grundlegende Handlungsmöglichkeiten innerhalb dieses Bereiches deutlich und zwar anhand dessen, was gesagt oder gedacht werden kann. Diskurse sind also keine machtneutralen Verständigungsformen, sondern sie sind an Machtmechanismen und Machtinstitutionen gebunden (Foucault 1983, 8). Es existiert eine Vielzahl von Kontrollen, Einschränkungen und Ausschließungsverfahren, um den Diskurs zu lenken (Foucault 1974, 16ff).

⁵ In diesem Kontext wurde bewusst auf die Nennung der weiblichen Formen verzichtet, da Frauen in neoliberalen Netzwerken bisher kaum eine Rolle gespielt haben (vgl. dazu Kreisky 2001).

Im Bereich der Gesellschaft arbeitet der Neoliberalismus nach Plehwe, Walpen und Nordmann mit einer Doppelstrategie: Einerseits wird die Ökonomie von artfremden Bereichen abgeschottet (insbesondere der Politik), andererseits haben sich alle sozialen Felder nach den Prämissen der Ökonomie, wie z.B. der Rentabilität, zu richten. Die deutlichste Grenze wird gegenüber Eingriffen in den Kapitalismus gezogen. Dazu wird vor allem auf naturalistische und biologistische Diskurse zurückgegriffen („survival of the fittest" der institutionellen Ordnung)

Plehwe, Walpen und Nordmann erkennen im Wirtschaftsdiskurs der Mont Pèlerin Society vor allem folgende Ziele:

- den Ausbau der Ökonomie zur „Generalwissenschaft", in der alle Bereiche des Sozialen ökonomisch vereinnahmt werden (homo oeconomicus),
- die Etablierung der Ökonomie als spezifisch definierter Bereich, der bestimmte Tätigkeiten als nichtökonomisch ausschließt (Familie, Nachbarschaft, Umwelt). Diesen nicht-ökonomischen Tätigkeiten werden einerseits staatliche Finanzmittel vorenthalten, auf der anderen Seite werden gerade diese Bereiche mit Moral und Werten versehen, um diese sozialen Systeme zu stabilisieren.
- die Forcierung des Zusammenspiels von Ökonomie und anderen Wissenschaften, vor allem von Wirtschafts- und Rechtswissenschaft (Definition aller Menschen als freie Rechtssubjekte, Garantie des Privateigentums an Produktionsmitteln etc.), und
- die Ausschließung aller Personen, die nicht als so genannte ExpertInnen gelten.

Weiters beschäftigen sich die rechtsliberalen Think Tanks auch mit Feldern, die von verschiedenen Wissenschaften jenseits der Ökonomie behandelt werden, und zwar mit dem Ziel der Delegitimierung kritischer Theorien und Bewegungen: Schulen wie die Psychoanalyse oder die Semiotik werden durch „sozio-biologistische" und behavioristische und „evolutionistische" Wissenschaftszweige ersetzt (Plehwe/Walpen/Nordmann). Wie Hayek kennen auch viele andere VertreterInnen der neoliberalen Schule keine sozialen Herrschafts- und Machtbeziehungen und somit auch keine sozialen Klassen und Schichten (Conert 1998, 314). Die Vorstellung von Strukturen etwa, die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit fördert, wird ebenso abgelehnt wie die Sozialwissenschaften, die sich damit beschäftigen. Nicht selten wurden und werden KritikerInnen des Neoliberalismus aus allen möglichen Wissenschaftsdisziplinen und Gesellschaftsbereichen als archaisch, unrealistisch, utopistisch, unmodern, rückständig oder unrealistisch abqualifiziert oder gar als „loony left" (übergeschnappte Linke) diskreditiert (Dixon 2000, 14f), um im Gegenzug dazu neoliberale Ideen als modern, realistisch, vernünftig und Erfolg versprechend darzustellen.

Plehwe, Walpen und Nordmann kommen zum Schluss, dass die VertreterInnen des Neoliberalismus den wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Diskurs als eine genuine Produktivkraft erkannt und

erfolgreich genutzt haben. Indem die transnationalen Elitennetzwerke an der zentralen Stellung der Ökonomie arbeiten, stärken sie ihr eigenes Theoriegebäude und entwickeln eine immense Produktion von unterschiedlichen wissenschaftlichen Erklärungsansätzen des Kapitalismus und für dessen effiziente Durchführung. Seit fünf Jahrzehnten dringen sie über ein filigranes Netzwerk von Institutionen in alle Bereiche des gesellschaftlichen Ensembles vor. Think Tanks wirken zum einen innerhalb der Wissenschaften, zum anderen auf die „second-hand dealers in ideas“ (Hayek), d.h. auf JournalistInnen, Medienschaffende, Politik- und UnternehmensberaterInnen u.a.m., schließlich direkt auf die Politik, auf Regierungen sowie deren Umfeld (Plehwe/Walpen/Nordmann) und konstruieren so eine neue Sicht auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Abläufe: *„Tatsächlich üben Worte eine typisch magische Macht aus: sie machen sehen, sie machen glauben, sie machen handeln“* (Bourdieu 1997, 83).

II. Die Standortdebatte in Österreich

Bereits in Kapitel 1 wurde versucht zu erklären, was die Attraktivität des Neoliberalismus für Politik, Medien und Wissenschaft, aber auch für weite Teile der Bevölkerung ausmacht. Der Bezug auf Wissenschaftlichkeit (Naturgesetze des Marktes) und Fortschritt können hier genauso ins Spiel gebracht werden wie die Einfachheit der Erklärungen:

„Mythen und Metaphern gestatten es den Menschen, in einer Welt zu leben, in der die Ursachen einfach und klar sind und die Abhilfe auf der Hand liegt. Statt an die komplizierte empirische Welt halten sich die Menschen lieber an ein paar relativ einfache, archetypische Mythen, wobei der böswillige Gegner und der allvermögenden Erlöser-Held im Mittelpunkt stehen.“ (Edelman 1990, 166).

Die Verursacher der wirtschaftlichen Probleme sind für die Vertreter des Neoliberalismus schnell ausgemacht – linke „Sozialromantiker“, Gewerkschaften, der überbordende Sozialstaat. Auch die Erlösung aus der Misere liegt auf der Hand: Privatisierung und Deregulierung, die Rückkehr zur freien Marktwirtschaft. Dieses einfache Erklärungsmuster hat sich mittlerweile durchgesetzt, wie der folgende Blick auf die heimische Standortdebatte zeigt.

2.1. Die bedeutendsten Argumentationslinien im Diskurs

Spätestens seit dem Ende der großen Koalition, die mit ihrer Konsenspolitik größere Grabenkämpfe in der wirtschaftspolitischen Diskussion erst gar nicht aufkommen ließ, steht die in Deutschland und anderen europäischen Ländern bereits traditionsreiche Standortdebatte auch in Österreich wieder verstärkt auf der Tagesordnung. Der Fokus ist dabei gerichtet auf den Wirtschaftsstandort bzw. auf das „Unternehmen Österreich“, das, so die Befürchtung, auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sei. Österreich agiere im harten internationalen Wettbewerb „träge“, sei nicht „fit“ und „schlank“ genug für die Globalisierung und deshalb für ausländische Unternehmer zunehmend „unattraktiv“⁶. Im Wesentlichen können zwei Hauptargumentationslinien ausgemacht werden, die diese Diskussion prägen, nämlich zum einen das Kostenargument und zum anderen die Debatte um Privatisierung, Deregulierung und um einen schlankeren Staat.

2.1.1. Das Kostenargument in Verbindung mit der Globalisierung

Den Kernpunkt der Standortdebatte bildet die sog. Kostenfrage in Bezug auf die heimischen Lohn(neben)kosten und die Steuern, deren Höhe, so die Prophezeiung aus Wirtschaft und Politik, in Österreich für Unternehmen demnach im Zeitalter der Globalisierung in Zukunft nicht mehr tragbar

⁶ Adjektive wie „fit“, „schlank“ oder „attraktiv“ werden besonders gerne in der Standortdebatte verwendet, da sie durch die Verbindung mit dem vorherrschenden Körper- und Fitnesskult Emotionen ansprechen.

wären - und die letztendlich dazu führen werden, dass sich in Zukunft nicht nur keine ausländischen Unternehmen in Österreich ansiedeln werden, sondern dass auch zahlreiche österreichische Unternehmen ihre Produktionsstätten ins Ausland verlegen werden. Vor allem nach der Osterweiterung der EU werden Österreich - wie anderen teuren Wirtschaftsstandorten auch - kaum Chancen gegen „Billiglohnländer“ wie Tschechien oder Ungarn gegeben. In einer globalisierten Wirtschaft seien Unternehmen nun nicht mehr gezwungen, sich mit den Gegebenheiten im Heimatstaat abzufinden, sondern sie könnten in jenen Ländern produzieren, die optimale Bedingungen bieten würden. Und der Kostenfaktor spiele im Kampf um ausländische Direktinvestitionen nun einmal eine große Rolle, Anpassungen nach unten seien deshalb unumgänglich.

So die Theorie, die gerne auch von politischen Verantwortlichen wiederholt wird. Die Praxis sieht freilich derzeit noch etwas anders aus. In der wissenschaftlichen Literatur finden sich nur wenige Studien zu den einzelnen Thesen in der Standortdebatte, was eine Argumentation erheblich erschwert. Gerade aber zum Thema Abwanderung von Unternehmen in Billiglohnländer lässt sich einiges an wirtschaftswissenschaftlicher Literatur finden – und diese empirischen Studien teilen die oben angeführten Thesen ganz und gar nicht. Denn nach den Erkenntnissen dieser Studien können die meisten der tatsächlich stattfindenden Investitionen im Ausland nicht mit reinen Kostenargumenten erklärt werden – im Gegenteil.

Zum einen werden Direktinvestitionen vor allem in Industrienationen mit relativ ähnlichem Kostenniveau getätigt, was nach der neoliberalen Theorie dazu, dem sog. Heckscher-Ohlin-Modell, nicht zu erwarten wäre: *„International tätige Firmen werden nur als Agenten der Kapitalarbitrage betrachtet. Andere Motive für Investitionen im Ausland haben auch nach diesem Modell keinen Platz, und so können damit die großen Investitionsströme zwischen scheinbar gleichen oder sehr ähnlichen Volkswirtschaften nicht erklärt werden“* (Steiger 1998, 227f).

Weniger als ein Viertel aller Direktinvestitionen werden in sog. Billiglohnländern getätigt, über drei Viertel in OECD-Ländern⁷ (Bellak 1998, 42). Der Grund für die tatsächlich steigende Anzahl⁸ an Direktinvestitionen kann angesichts der Zahlen also nicht mit unterschiedlichen Kostenniveaus erklärt werden, sondern wird in der Literatur vor allem mit attraktiven Absatzmärkten begründet. Die Unternehmen flüchten nicht aufgrund der hohen Steuerbelastung ins Ausland, sondern sie bauen neben ihren Unternehmen in der Heimat ausländische Töchter auf, um sich Absatzmärkte zu erschließen und zu sichern – was auch Umfragen unter Unternehmern bestätigen (vgl. z.B. Ditlbacher 2000, 84/ Heismann 1999, 72). Die Headquarters sowie die Forschungsabteilungen bleiben dabei meist im Inland, auch Arbeitsplätze im Inland sind durch den Gang ins Ausland kaum betroffen: *„Stellenkürzungen im Inland stehen*

⁷ In der Literatur finden sich zum Teil recht unterschiedliche Angaben über den Umfang der Direktinvestitionen, die in unterschiedlichen Definitionen darüber, was denn nun eine Direktinvestition sei und in der sehr komplexen Finanzierung von Auslandsinvestitionen begründet ist. Genaue Zahlen können hier also nicht angegeben werden, zum Teil wird in der Literatur ein noch geringerer Prozentsatz für Direktinvestitionen in sog. „Billiglohnländern“ angenommen als hier angeführt.

⁸ Die Direktinvestitionen sind in den 90er Jahren stark angestiegen, was in der Literatur vielfach als Beleg für das Phänomen der Globalisierung angesehen wird. Vielfach wird aber übersehen, dass in den 90er Jahren erst wieder jenes Niveau erreicht wurde, das bereits vor dem Ersten Weltkrieg vorgeherrscht hat. Die derzeitige Internationalisierung der Wirtschaft ist also keineswegs ein neues Phänomen.

selten in einem ursächlichen Zusammenhang mit dem Gang ins Ausland, im Gegenteil. Wenn Firmen im Ausland neue Stellen geschaffen haben, nahmen im Durchschnitt auch die Beschäftigungszahlen im Inland zu. Umgekehrt wurden auch im Inland Leute entlassen, wenn im Ausland Stellen abgebaut wurden“ (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung 1996 zit. in Heismann 1999, 81).

Zum andern machen die Lohnkosten oft nur einen geringen Teil der Gesamtkosten aus. Für Deutschland hat das Statistische Bundesamt beispielsweise für den relativ arbeitsintensiven Großhandel 7,1 % und für den Einzelhandel 14,1% Lohnkosten an den Gesamtkosten berechnet (Eberhart 1998, 74), für Österreich können ähnliche Zahlen angenommen werden.

Auffallend ist, dass in der Standortdebatte immer über Lohnkosten gesprochen wird, obwohl diese eigentlich nichts über die tatsächliche Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens aussagen. Relevant sind vielmehr die realen Lohnstückkosten, die nicht nur die Arbeitskosten miteinbeziehen, sondern auch die Produktivität aufgrund des Ausbildungsniveaus und des technischen Standes eines Landes – gerade hier bestehen große Unterschiede zwischen westlichen Industrienationen und den so genannten „Billiglohnländern“.

Nach einer Berechnung des WIFO sind die realen Lohnstückkosten in den letzten 20 Jahren in Österreich aufgrund von Produktivitätssteigerungen stärker gesunken als im EU-Durchschnitt⁹, die Einkommen der ArbeitnehmerInnen sind hingegen weit weniger stark angestiegen: *„Die Realeinkommenssteigerungen der Arbeitnehmer sind also in beiden Jahrzehnten deutlich hinter dem Fortschritt der Arbeitsproduktivität zurückgeblieben, wie vom Mainstream der Ökonomen gefordert worden war“* (Marterbauer/ Walterskirchen 2002, 11f). Dieser Umstand wird allerdings in der Diskussion gänzlich verschwiegen, gesprochen wird vielmehr von steigenden Kosten.

Auch die steuerliche Belastung für Unternehmen ist weitaus geringer, als in der Diskussion immer wieder zitiert. Es werden in der Standortdebatte in erster Linie die Spitzensätze genannt, die allerdings nichts über die tatsächliche Steuerquote aussagen. Gerade in Österreich, aber auch in Deutschland, wo die Standortdebatte ebenso aktuell geführt wird, gibt es – anders als in vielen anderen OECD-Ländern - zahlreiche Möglichkeiten für Unternehmen, Steuern zu sparen, sodass die effektive Steuerquote erheblich niedriger einzuschätzen ist als der nominelle Steuersatz. Die derzeit heftig diskutierte Körperschaftssteuer wird nominell mit 34 Prozent angegeben, nach Berechnungen der Europäischen Union von 1999 und der Arbeiterkammer von 2003 liegt sie allerdings effektiv bei etwa 18% (Der Standard, 9.10.2003, 18/ AK Wien Dezember 2003¹⁰). Nach Angaben der österreichischen Ökonomen Schneider und Winner liegt der durchschnittliche effektive Grenzsteuersatz für Unternehmen bei ca. 22 Prozent, was Österreich im europäischen Vergleich zu einem sehr günstigen Standort macht¹¹. Dennoch werden die gesetzlichen Regelungen in diesem Bereich weiterhin zugunsten von Unternehmen modifiziert – was zur Folge hat,

⁹ Seit 1980 um minus 15%, seit 1990 um minus 9%. EU-Durchschnitt: -12% bzw. - 6%

¹⁰ Siehe dazu http://www.akwien.at/index_14709.htm

¹¹ www.economics.uni-linz.ac.at/Schneider/9918pdf, S.7

dass die Steuereinnahmen sinken und das Ende des Wohlfahrtsstaates aufgrund von Unfinanzierbarkeit ausgerufen wird.

Die vorangegangenen Beispiele zeigen, wie verzerrt die ökonomischen Faktoren in der derzeitigen Standortdebatte vorgebracht werden – was letztendlich dazu führt, dass Länder wie Österreich als nicht wettbewerbsfähig dargestellt werden, wenn nicht einschneidende Maßnahmen getroffen werden: *„Wenn lediglich stündliche Arbeitskosten und nominale Gewinnsteuersätze betrachtet werden, kann ein solcher Eindruck schon entstehen. Im Gegensatz dazu zeichnen ökonomisch relevante Größen wie reale Lohnstückkosten und effektive Besteuerung ein positives Bild“* (IFO 1996, 15). Diese Einschätzung des deutschen IFO-Instituts in Bezug auf Deutschland gilt genauso für Österreich, das in der Kostenfrage im Vergleich zum großen Nachbarn sogar besser dasteht – was aber über die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen noch nicht wirklich viel aussagt.

2.1.2. Deregulierung, Privatisierung & schlanker Staat

Den Klassiker Nummer zwei in der Standortdebatte bildet die Forderung nach Privatisierung und Deregulierung und damit nach einem schlankeren Staat. Die Klagen über zu kurze Arbeitszeiten, zu umfangreiche Urlaubsansprüche, zu viele Feiertage, eine zu starke staatliche Regulierung des Arbeitsmarktes und des Sozialsektors sowie über unverständliche Regulierungen und die Verstaatlichung bestimmter Märkte werden derzeit täglich von den Medien transportiert.

Befürworter der Privatisierung von Staatsbetrieben argumentieren mit der Unfähigkeit des Staates, ein Unternehmen erfolgreich führen zu können – oder zumindest nicht so erfolgreich wie ein privater Unternehmer das könnte. Wie sehr die österreichische Regierung diesem Argument zustimmt, zeigen umstrittene Privatisierungsprojekte wie das der VÖEST oder der ÖBB, die von weiten Teilen der Bevölkerung nicht unterstützt worden sind bzw. werden.

Beispiele aus anderen Ländern haben gezeigt, dass Privatisierungen selten den Erfolg bringen, den ihre Befürworter versprechen. Besonders negativ wirken sich Privatisierungen dann aus, wenn sie von einer staatlichen Deregulierung begleitet werden - vor allem wenn es sich um für die Bevölkerung wichtige Leistungen wie den öffentlichen Verkehr oder die Wasserversorgung handelt, die vorher nicht dem Profitstreben untergeordnet waren. Eine Verminderung der Qualität bei gleichzeitig steigenden Kosten für die Konsumenten kann hier immer wieder beobachtet werden. Diese Erfahrungen werden vor allem von den GegnerInnen des derzeit am WTO-Verhandlungstisch diskutierten GATS-Abkommen immer wieder in die Diskussion eingebracht¹².

Zum Bereich „schlanker Staat“ muss v. a. auch das von Finanzminister Grasser ins Rennen gebrachte Ziel Nulldefizit diskutiert werden. Nur ein ausgeglichenes Budget, so Grassers Theorie, erlaube es dem Staat, Impulse zu setzen und im globalen Wettbewerb nicht unterzugehen. Um dieses Nulldefizit zu erreichen, wurde eine Sparpolitik betrieben, die im Wesentlichen auf Leistungskürzungen im Sozialbereich setzte und

noch immer setzt. Der Wohlfahrtsstaat, so hört man immer wieder aus Regierungs- und Wirtschaftskreisen, sei auch beim besten Willen nicht mehr finanzierbar und müsse auf „Kernbereiche“ reduziert werden – was seit dem Jahr 2000 auch mit den umstrittenen „Reformen“ im Gesundheitswesen, im Pensionsbereich oder in der Arbeitslosenversicherung zum Teil geschehen ist.

Abgesehen von der Unfinanzierbarkeit der Leistungen würde der Wohlfahrtsstaat auch die weitgehend „freiwillige“ Arbeitslosigkeit und das „Sozialschmarotzertum“ fördern, wie vor allem von der FPÖ gerne argumentiert wird. In der neoliberalen Theorie existiert das Phänomen Arbeitslosigkeit nur als freiwillig gewählte Lebensform bzw. als kleines Problem im Kontext von Stiglers Sucharbeitslosigkeit oder Milton Friedmans „natürlicher Arbeitslosigkeit“, was den Staat von seiner Verantwortung für Beschäftigung befreit (Kreisky 2001, 41). Deregulierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Abbau sozialstaatlicher Leistungen werden als Mittel gegen diese „freiwillige“ Arbeitslosigkeit empfohlen und dabei die sozialen und psychischen Härten ignoriert. Diese eigenwillige Perspektive verhindert andere Lösungsoptionen (Kazmierski 1998, 76f) und blendet Erfahrungen aus der Vergangenheit genauso aus wie wissenschaftliche Erkenntnisse zu dieser Problematik. Die neoliberale Politik agiert,

„als besäßen wir keine Kenntnis über den anormalen Verlauf der Funktionen von Angebot und Nachfrage auf freien Arbeitsmärkten, der die lehrbuchgerechte negative Rückkoppelung verhindert; als hätten wir kein Wissen über das Auftreten von Massenarbeitslosigkeit im Früh- und Hochkapitalismus vor der Entstehung des Sozialstaates beziehungsweise bei wenig entwickeltem Sozialstaat; als kennten wir nicht in unserer Zeit die Persistenz hoher Arbeitslosigkeit trotz wiederholt vermindelter Lohnersatzleistungen; als gäbe es keine Belege für die Stabilisierung von Nachfrage und Beschäftigung durch Einführung beziehungsweise Anhebung sozialstaatlich normierter Mindestlöhne“ (Katterle 1998, 22).

Man sieht, dass die in der Standortdebatte immer wieder eingebrachten Argumente bei näherer Betrachtung nicht wirklich stichhaltig sind. Es werden nicht nur sozusagen Äpfel mit Birnen verglichen wie etwa bei der Kostenfrage, sondern auch Erfahrungen aus der Praxis ausgeblendet, die mit den Vorstellungen der neoliberalen Schule nicht in Einklang zu bringen sind. Welche der oft zitierten Standortfaktoren wirklich wichtig sind und was einen Wirtschaftsstandort attraktiv für Investoren macht, ist längst nicht so klar, wie gerne behauptet wird, denn: „Was internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist, darf nämlich als höchst umstritten bezeichnet werden“ (Hübner 1997, 27). Mittlerweile existieren ca. 300 Standortfaktoren, die als relevant bezeichnet werden, welche für ein Unternehmen entscheidend sind, hängt letztlich stark von der jeweiligen Branche ab. Den Fokus vor allem auf die Abgaben und die Deregulierung zu richten, ist wirtschaftswissenschaftlich gesehen unseriös und legt den Schluss nahe, dass die Klagen über zu hohe Arbeitskosten vor allem interessenspolitisch motiviert sind (IFO 1996a, 92).

Interessant in diesem Zusammenhang sind die Parallelen zwischen der Debatte um die Wettbewerbsfähigkeit des Staates heute und der Debatte in der Zwischenkriegszeit. Schon in den 20er und 30er Jahren wurde von konservativer Seite immer wieder die Schuld an der Wirtschaftsmisere bei den hohen Löhnen und den sozialen Lasten gesucht. Auch die Ansicht, der Staat könne kaum etwas ausrichten,

¹² Siehe dazu z.B. www.stoppgats.at

um wirtschaftliche Krisen zu beheben, war selbst unter den Sozialdemokraten weit verbreitet. So sah etwa Otto Bauer die wirtschaftlichen Vorgänge als unabänderliches Schicksal an: „*Die Wirtschaft geht ihren Gang, der Staat ist unfähig, sie zu regulieren*“ (Stiefel 2000, 19). Eine Deflationspolitik mit stark sinkenden Sozialausgaben war wie heute das Konzept der damaligen, vorwiegend konservativen, Regierungen – den gewünschten Aufschwung haben diese Maßnahmen nicht gebracht, im Gegenteil. Die Kaufkraft ging zurück, die Arbeitslosigkeit dafür in die Höhe (Pawlowsky 2000, 24). Es darf allerdings als eine Eigenart des Neoliberalismus angesehen werden, dass er offenbar aus historischen Entwicklungen nichts lernt oder lernen möchte und negative Erfahrungen aus der Zeit des freien Kapitalismus einfach ausblendet:

„Nur ein unglaublich kurzes Gedächtnis oder ein völliger Mangel an analytischen Fähigkeiten oder gezielte Täuschung erlauben es zu behaupten, dass ein unregulierter Kapitalismus Wohlstand für alle bringt und zu verschweigen, dass die neoklassische Ideologie eine wesentliche Ursache für den katastrophalen Verlauf der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932/33 und damit in Deutschland für das Aufkommen des Faschismus war, und so zu tun, als ob die kurze Prosperitätsphase nach dem Zweiten Weltkrieg der Normalfall kapitalistischer Entwicklung sei“ (Kisker 1998, 82).

2.2. Die Akteure in der heimischen Standortdebatte

Als wichtigster Akteur in der österreichischen Standortdebatte kann zweifellos Finanzminister Grasser gelten. Seit seinem Amtsantritt propagiert er die Ideen des Neoliberalismus, was sich vor allem in seinem Konzept des „Nulldefizits“, seiner Steuerpolitik und der Privatisierung von Staatsbetrieben niedergeschlagen hat. Grasser verweist auf seiner umstrittenen privaten Homepage explizit auf die „Österreichische Schule der Nationalökonomie“ von Hayek und ihre Vorzüge:

„Ihre Ideen sind in Europa und – besonders betrüblich – in Österreich zum Teil in Vergessenheit geraten. In den vergangenen Jahrzehnten dominierten an den Universitäten ebenso wie in der Wirtschaftspolitik Keynesianismus, neoklassische Synthese und Monetarismus. In Österreich hat sich dies seit dem Antritt der neuen Regierung grundlegend geändert: Ein Großteil unserer finanz- und wirtschaftspolitischen Programme ist – wie unschwer zu erkennen – von den Ideen der Österreichischen Schule der Nationalökonomie stark beeinflusst“¹³

Grasser bietet als Service für seine Anhänger einen direkten Link zum Hayek-Institut an.

Neben Karl-Heinz Grasser, der derzeit als parteilos gilt, können sowohl weite Teile der ÖVP als auch Teile der FPÖ als Befürworter neoliberaler Politik angesehen werden, was sich nicht nur in der Politik der letzten Jahre zeigt (dazu mehr in Kapitel 3), sondern auch in der Diskussion um die bevorstehende Steuerreform. Jörg Haiders „Flat Tax“ oder die Forderung einer deutlichen Senkung der Körperschaftssteuer können als Beispiele für klar neoliberal orientierte Ideen angeführt werden¹⁴.

Nach VP-Budgetsprecher Günter Stummvoll etwa müssen nun Signale für „Leistungsträger“ gesetzt werden, für den „kleinen Mann“ ist seiner Meinung nach genug getan worden. Österreich müsse im

¹³ www.karlheinzgrasser.at/evo/web/khg/1248_DE.O

¹⁴ Bei der FPÖ wie auch bei Jörg Haider selbst ist die neoliberale Positionierung in der Steuerreformdebatte allerdings nicht eindeutig. Welchen Kurs die Partei einschlagen wird, ist derzeit noch nicht absehbar.

Standort-Wettbewerb „fit gemacht“ werden, eine Senkung des Spitzensteuersatzes von derzeit 50 auf 40-45 Prozent ist Pflicht. Zur Belebung des Arbeitsmarktes fordert er eine Lockerung der Zumutbarkeitsgrenzen, weil es freiwillige Arbeitslosigkeit gäbe (Der Standard, 22. Juli 2003, 13).

Ähnlich argumentiert Wolfgang Schüssel, wenn er von „Leistungsträgern“ spricht, die nun entlastet werden müssten (ORF-Interview, 5.12.2003). Wirtschaftskammer-Präsident Leitl, der sich in der Standortdebatte ebenfalls laufend zu Wort meldet, fordert unter anderem als Reaktion auf die erwähnte AK-Studie vom Dezember 2003, die einen effektiven Steuersatz von 18% bei der Körperschaftssteuer errechnet hat, eine Senkung der nominalen Körperschaftssteuer auf 18-25%, möchte im Gegenzug dafür allerdings alle Ausnahmen streichen (Kurier, 6.12.2003, 2). Der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender ist in seiner Öffentlichkeitsarbeit offenbar weniger erfolgreich als die Wirtschaftskammer und wird nur selten zitiert. Wenn Meldungen vorliegen, dann ebenfalls in klar neoliberaler Rhetorik. So wurde beispielsweise der Vorschlag der Regierung auf ein Recht auf Teilzeit für Eltern als „*Rückfall in die Sozialutopie*“ bezeichnet (Der Standard, 11./12.10.2003, 7).

Auch die Opposition sieht die Lage um den Standort Österreich offenbar ähnlich wie die Bundesregierung, argumentiert also auf der Schiene „Standortattraktivität“, nur mit zum Teil anderen Argumenten und Lösungsvorschlägen¹⁵. So wird in der Einleitung des „Sozialdemokratischen Programm zur Konjunkturbelebung“ als Grund für ein sofortiges Handeln in Sachen Wirtschaftspolitik das Zurückfallen des Wirtschaftsstandortes Österreich in internationalen Wirtschaftsrankings angeführt, denn, so das Papier, „*Österreich will und soll zu den besten in Europa gehören*“¹⁶. Auch nach Ansicht der Arbeiterkammer steht der Standort Österreich vor einer dramatischen Herausforderung, die EU-Beitrittskandidaten gelten als ernsthafte Konkurrenten, eine einheitliche EU-Regelung in der Steuerpolitik soll hier die Situation entschärfen. Die Arbeiterkammer sieht diesbezüglich aber keine Notwendigkeit für eine Steuersenkung, da die effektiven Steuersätze ohnehin sehr niedrig seien (Der Standard, 9.10.2003, 18).

Auch Österreichs Medien haben die neoliberalen Vorstellungen in der Wirtschaftspolitik bereits übernommen und mischen in der Standortdebatte kräftig mit. Fast monatlich erscheint eine der zahlreichen internationalen Studien zum Thema Standort-Wettbewerb in Österreichs Zeitungen und dient als Grundlage für Diskussion. Detail am Rande: Interessanterweise kommen diese Studien zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. So ist nach einer Studie der Economist Intelligence Unit, der Forschungsabteilung des Wochenmagazins Economist vom Mai 2003 Österreich unternehmerfreundlich (Wiener Zeitung, 20.5.2003, 15) und hat sich im Vergleich zum Jahr 2002 verbessert. Dieselbe Forschungsabteilung wird zwei Monate später im Standard zitiert, allerdings wird hier eine Verschlechterung des Standortes im Vergleich zum Vorjahr gemeldet (Der Standard, 22.07.2003, 13).

¹⁵ Die SPÖ distanziert sich allerdings in ihrer derzeitigen Rolle als Oppositionspartei explizit vom Neoliberalismus, wie z.B. in der kürzlich von Wiens Bürgermeister Michael Häupl herausgegebenen Publikation „Wirtschaft für den Menschen“. Alternativen zum Neoliberalismus im Zeitalter der Globalisierung“ deutlich wird.

¹⁶ www.spoe.at/bilder/03_12_Konjunkturprogramm_der_Spoe.pdf

„Die Presse“ kann unter den Tageszeitungen als eines der wichtigsten Medien zur Verbreitung neoliberalen Gedankengutes bezeichnet werden. Andreas Unterberger, der etwa in Tony Blair mit seiner klar neoliberalen Politik einen „modernen, verantwortungsbewussten, zukunftsorientierten und geradezu moralischen“ Sozialdemokraten sieht (Leitartikel am 6.12.2003), ist hier ebenso hervorzuheben wie Josef Urschitz, der kürzlich in einem Kommentar meinte „wenn Österreich in der globalisierten Wirtschaft mitbalden will, dann wird es zu einem gewaltigen Umbruch kommen müssen. Dann sind die bisherigen, so umstrittenen Systemreformen – von den Pensionen über die Gesundheit bis zur Bahn – erst der Anfang“ (Die Presse, 18.11.2003). Im „Kurier“ und im „Standard“ ist die Positionierung nicht ganz so eindeutig wie in der „Presse“, allerdings ist auch hier die Standortdebatte allgegenwärtig, wird aber zum Teil differenzierter diskutiert.

Von den Wochen- und Monatszeitschriften können das Wirtschaftsmagazin Trend und das Wochenmagazin Format hervorgehoben werden, die sich in ihrer Argumentation der Bundesregierung in vielen Punkten angeschlossen haben. Chefredakteur Thomas Martinek vom Trend schildert in seinem Leitartikel in der Dezemberausgabe 2003 anschaulich, wie Österreich seiner Meinung nach von den EU-Beitrittsländern wirtschaftlich überrollt wird, wenn die Steuerquote nicht erheblich gesenkt wird. Auch das österreichische Preisniveau bei Waren und Dienstleistungen sei inakzeptabel hoch, sodass sich laut Martinek etwas befremdlich anmutender Argumentation angeblich nicht einmal mehr ein ihm bekannter Generaldirektor österreichisches Pflegepersonal für seine Mutter leisten könne und deshalb polnisches Pflegepersonal beschäftigen müsse - das im Übrigen, wie Arbeitskräfte aus unseren östlichen Nachbarländern generell, im Gegensatz zu österreichischen Arbeitnehmern „gebildet, schnell, leistungsbereit und hungrig“ sei. Sein Fazit: „Die Gewerkschaften orientieren ihre Forderungen an einer Welt, die es nicht mehr gibt. Wohlstand für jeden auf Kosten der Allgemeinheit war gestern. Das schöne Wirtschaftswunder im Westen ist vorbei. Was kommt, ist der wilde Osten, in dem nur jene bestehen werden, die bessere Ideen, bessere Produkte und Dienstleistungen haben und diese auch zu niedrigeren Preisen anbieten können“ (Trend, 12/2003, 17).

Auch Akteure aus Wissenschaft und Forschung melden sich in der Standortdebatte immer wieder zu Wort – meist aus der Ökonomie¹⁷. Der Ökonom Univ.-Prof. Erich Streissler ist ein beliebter Interviewpartner der heimischen Presse. Er macht aus seinen Überzeugungen keinen Hehl und sieht den Wohlfahrtsstaat als Irrtum der Geschichte an: „Der Wohlfahrtsstaat wird einmal historisch gesehen als bloße Aberration des 20. Jahrhunderts erscheinen. Die unternehmerische Marktwirtschaft hingegen existierte lange vor ihm und wird noch lange überleben“ (Streissler 1997, 363).

WIFO-Chef Helmut Kramer, der unlängst die Senkung der Körperschaftssteuer auf ca. 25% gefordert hat (Kurier, 6.12.2003, 2), argumentiert wie IHS-Chef Bernhard Felderer vor allem auf Schiene der Kostenfrage: Österreich stehe als Spitzensteuerland mit Niedrigsteuerländern wie der Slowakei, wo 2004

¹⁷ WissenschaftlerInnen aus anderen Feldern jenseits der Ökonomie werden kaum in der öffentlichen Debatte um den Standort Österreich wahrgenommen, Ausnahmen konnten beispielsweise im Zuge des Sozialstaatsvolksbegehrens beobachtet werden.

die Steuer-Flat-Rate von 19 Prozent eingeführt wird, im scharfen Wettbewerb. Seine Forderung: „*Steuern massiv nach unten!*“ (Der Standard, 8./9. November 2003, 6).

In Österreich existieren einige Think Tanks, die sich mit Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik beschäftigen und auch explizit angeben, in Österreich Akzente setzen zu wollen, wie beispielsweise der Föhrenberger Kreis oder Austria Perspektiv¹⁸. Sie sind allerdings längst nicht so einflussreich wie Think Tanks in anderen Ländern und schaffen es meist nicht, sind medial in Szene zu setzen.

Wenig Einfluss auf die Richtung des heimischen Diskurses haben sich bisher auch soziale Gruppierungen sichern können. Die Caritas, die Initiatoren des Sozialvolksbegehrens oder z.B. ATTAC konnten punktuell ihre Ansichten in den Medien unterbringen, eine Kurskorrektur haben aber auch sie angesichts der Dominanz neoliberaler Anschauungen nicht geschafft. Vor allem aber ist es ihnen nicht gelungen, den Zusammenhang zwischen neoliberaler Politik einerseits und steigender Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Armut andererseits aufzuzeigen. Eine wichtige Rolle könnte hier die Politikwissenschaft spielen, die sich allerdings bis auf wenige Ausnahmen sehr zurückhält und kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird¹⁹.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass in der Standortdebatte in den letzten Jahren sehr einseitig argumentiert wurde und nach wie vor wird, was zum einen daran liegt, dass sich neoliberale Ideen bereits in fast allen Parteien und Medien etablieren konnten und auch für Mitte- oder Links-Parteien wie die SPÖ oder die Grünen zum Teil attraktiv geworden sind. Zum anderen haben es kritische Gruppierungen aus Wissenschaft und Gesellschaft nur im geringen Umfang geschafft, die mediale Debatte durch eine differenziertere Argumentation zu korrigieren. Gerade die letzten Nationalratswahlen haben gezeigt, wie attraktiv die einfache und scheinbar logische Argumentation der Bundesregierung mit ihrem Aufhänger „Nulldefizit“ für große Teile der Bevölkerung ist. Sozialpolitik hingegen gilt offenbar als weniger modern.

Alternativen werden im herrschenden Diskurs kaum noch angedacht: „*We get neoliberalism even when we elect social-democratic governments. The policy choice had truly become between Pepsi or Coke*“ (Gregory Albo)²⁰. Lester Thurow stellt in diesem Zusammenhang zurecht die Frage, was es denn eigentlich für die Demokratie bedeutet, „*wenn die politischen Parteien keine unterschiedliche ideologische Überzeugung mehr haben, keine unterschiedlichen Visionen über das Wesen des Systems und darüber, wo das „Gelobte Land“ liegt, so dass eine echte Auseinandersetzung über den richtigen Weg in die Zukunft nicht mehr möglich ist?*“ (Thurow 1996, 375).

¹⁸ www.austriaperspektiv.at

¹⁹ Defizite lassen sich nicht nur in der öffentlichen Präsenz, sondern auch in der Forschung beobachten. So gibt es, um nur ein Beispiel herauszugreifen, laut Österreichischer Armutskonferenz nach wie vor keine Zahlen zur Einkommensverteilung in Österreich.

²⁰ Der Text ist zu lesen unter http://evakreisky.at/onlinetexte/gregory_albo_neoliberalism_the_state_and_the_left.pdf

III. Auswirkungen der neoliberalen Politik in der Praxis

Die Auswirkungen der neoliberalen Politik sind nicht erst seit der „Wende“ im Jahre 2000 spürbar, auch die große Koalition hatte sich mit ihren beiden Sparpaketen in den 90er Jahren bereits der neoliberalen Logik angeschlossen. Doch seit der schwarz-blauen Koalition konnten sich neoliberale Konzepte verstärkt durchsetzen, was sich in vielen Politikfeldern ausgewirkt hat. Gab es bis zum Ende der 90er Jahre neben Leistungskürzungen durchaus auch Verbesserungen im Sozialbereich und für ArbeitnehmerInnen (vgl. Talos/ Wörister 1998), so kann für die Zeit nach der Wende Anfang 2000 von einem kontinuierlichen Leistungsabbau im Wohlfahrtsstaat gesprochen werden, sieht man vom Kindergeld ab, das allerdings nur einer kleinen Gruppe zusätzlicher Bezugsberechtigter zugute kommt.

Regierungsprojekte wie die Pensionsreform, die tiefe finanzielle Einschnitte für die Betroffenen bedeutet, die Besteuerung der Unfallrenten, die Ambulanzgebühren, die Erhöhung der Rezeptgebühren, Leistungskürzungen bei der Arbeitslosenversicherung, Sanktionen bei Selbstauflösung des Arbeitsverhältnisses, die Studiengebühren etc. haben sich für weite Teile der Bevölkerung spürbar ausgewirkt und zu einer weiteren Verschärfung der Einkommensunterschiede beigetragen. Wie auch weltweit als Trend bemerkbar, werden in Österreich nach Studien wie etwa jenen der Armutskonferenz die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Der erstmalig veröffentlichte Deutsche Armuts- und Reichtumsbericht „Lebenslagen in Deutschland“²¹ zeigt auf, dass die finanziellen Mittel in Deutschland ausgesprochen ungleich verteilt sind. Die Lebenssituation der Bevölkerung ist sehr unterschiedlich, das oberste Fünftel der Haushalte hat knapp die Hälfte der Vermögenseinkommen und über 2/3 der Ersparnisse zur Verfügung. Daten gibt es für Österreich nicht, es wird seitens der Österreichischen Armutskonferenz²² aber eine analoge Aufteilung angenommen.

Verteilungssituation der westdeutschen Haushalte im Jahr 1998

Anteile an der Gesamtverteilung auf das.....		Erstes Fünftel	Zweites Fünftel	Drittes Fünftel	Viertes Fünftel	Fünftes Fünftel
	nach dem verfügbaren Einkommen					
Haushalte	100%	20%	20%	20%	20%	20%
Einkommen	100%	6,8	11,7	16,8	23,6	41,0
Nettovermögen	100%	3,1	9,2	16,1	25,8	45,8
Vermögenseinkommen	100%	1,9	7,6	15,2	26,1	49,2
Ersparnis	100%	-2,8	2,6	9,7	21,7	68,9

Quelle: Bericht „Lebenslagen in Deutschland“

²¹ www.bmgs.bund.de/downloads/arm_reich_daten_fakten.pdf

²² www.armutskonferenz.at/

Am Beispiel USA, wo der Wohlfahrtsstaat nie so ausgeprägt war wie in Europa und wo neoliberale Politik eine weitaus längere Tradition aufweisen kann, lässt sich zeigen, wie neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik die Bevölkerung in Arm und Reich spaltet. Thurow hat für die Vereinigten Staaten zwischen 1973 und 1995 eine Steigerung des BIP um 36 Prozent errechnet, wobei fast der gesamte Einkommenszuwachs den höheren Einkommensgruppen (20% der Bevölkerung) zugute gekommen ist. 64% des Zuwachses davon alleine dem einen Prozent der am besten Verdienenden. Der Stundenlohn des Großteils der ArbeitnehmerInnen ist jedoch gesunken (Thurow 1996, 13).

„Der verschärfte Wettbewerb erzwingt – so scheint es – trotz enormer Produktivitätssteigerungen Abstriche bei Arbeits- und Sozialeinkommen. Die Frage, was mit diesem vergrößerten Produkt der gesellschaftlichen Arbeit passiert, wird nicht mehr gestellt“ (Bischoff 1998a, 72). Während der Lebensstandard einiger weniger stark gestiegen ist, hat der Großteil der Bevölkerung Einbußen hinnehmen müssen. *„Man könnte also ohne weiteres zu dem Schluss kommen, dass die Kapitalisten der Arbeit den Klassenkampf angesagt hatten – und ihn gewannen“* (Thurow 1996, 264).

Neoliberale Konzepte wirken sich in der Arbeitswelt generell für die ArbeitnehmerInnen eher negativ aus. Die Arbeitslosigkeit steigt in Österreich seit den 80er Jahren kontinuierlich und konnte im Gegensatz zur neoliberalen Theorie auch nicht durch zunehmende Flexibilisierung, Deregulierung und den Abbau des Sozialstaates reduziert werden - im Gegenteil. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter, die Armut wächst:

„Offen ausgesprochen wird es zwar nie, aber „Flexibilität“ steht eindeutig für „sinkende Löhne“. Wenn diese „Flexibilität“ eingeführt wird, besteht guter Grund zu glauben, dass sich die europäischen Lohnstrukturen dem amerikanischen Muster ziemlich schnell angleichen werden. Nach Abschaffung der Lohnberatungen in Großbritannien arbeiten schließlich 40 Prozent der Erwerbsbevölkerung für ein Entgelt, das noch unterhalb des alten Mindestlohns lag“ (Thurow 1996, 62).

„Der Neoliberalismus ist jene Krankheit, für deren Heilung er sich hält“, formuliert Stephan Schulmeister das Problem in Anlehnung an Karl Kraus (Schulmeister 2002, 22), dennoch wird an den angebotsorientierten Konzepten der neoliberalen Theorie nicht nur festgehalten, diese werden sogar forciert. Mehr Deregulierung, weniger Sozialleistungen und noch flexiblere ArbeitnehmerInnen sind das Ziel und das Allheilmittel der Arbeitsmarktpolitik.

Das Menschenbild des homo oeconomicus, der nur mehr für seinen Eigennutzen und die Wirtschaft lebt und sich den Gegebenheiten des Wirtschaftssystems unterordnet, scheint das Idealbild der herrschenden politischen Eliten zu sein. Diese Einstellung vom Staat als Unternehmen im globalen Wettbewerb und den Bürgern als primär wirtschaftendes Wesen wirkt sich auch auf die Einstellung der Politik zu seinen Bürgern aus:

„Wird ein Staat als Unternehmen geführt, kann von einem Volk nicht mehr die Rede sein. Der einzelne wird zum Angestellten und sein Vertragsverhältnis kündbar. Eingriffe in bestehende Dienstrechte, Abschaffung der Pragmatisierung und Privilegien ergeben sich daraus wie von selbst. Und machen auch den Konkurs des Staates denkbar. Zudem ist ein Unternehmen nicht seinen Mitarbeitern verpflichtet, sondern dem Profit“ (Alfred Goubran in: Der Standard, 29.11.2003, Album A4).

Die neue Situation in der Arbeitswelt manifestiert sich besonders in der Form der sog. „atypischen Beschäftigungsverhältnisse“, die seit den 80er Jahren in Europa stark zugenommen haben. Der Trend zu Arbeitsformen, die von den ArbeitnehmerInnen ein hohes Maß an Flexibilität fordern, aber gleichzeitig wenig soziale und rechtliche Absicherung bieten, untergräbt den Wohlfahrtsstaat europäischer Prägung zusehends und verschärft die sozialen Probleme.

3.1. Atypische Beschäftigungsformen

Dem Begriff „atypische Beschäftigung“ steht jener der „typischen“ bzw. normalen Beschäftigung gegenüber, welcher sich durch folgende Merkmale charakterisieren lässt: Ein Normalarbeitsverhältnis ist ausgerichtet auf *Dauer*, *Kontinuität* und *Vollzeit*. Dauer bedeutet in diesem Sinne, dass ein Arbeitsverhältnis in der Regel unbefristet ausgeübt wird, Kontinuität impliziert eine gewisse Sicherheit und Stabilität, Vollzeit ist gleichzusetzen mit der 40-Stundenwoche. Alle Arbeitsverhältnisse, die nicht diesen drei Kriterien entsprechen, gelten als „atypische Beschäftigungsverhältnisse“. Ihre häufigsten Formen sind (vgl. Keller 1995, 231):

- Teilzeitarbeit
- Geringfügige Beschäftigung (als besondere und eigenständige Variante der Teilzeit)
- Leiharbeit
- Befristete Beschäftigung
- Freie Dienstverträge
- Heimarbeit, Telearbeit

Meist sind atypische Beschäftigungsverhältnisse von Prekarität betroffen, da die sozialen Versicherungssysteme immer noch hauptsächlich auf das dominierende „Normalarbeitsverhältnis“ ausgerichtet sind, während für atypische Jobs die Gesetze noch lückenhaft sind. Es können mehrere Dimensionen von Prekarität unterschieden werden (vgl. Rodgers 1989, 3):

- Der Grad der Gewissheit auf einen dauerhaften Arbeitsplatz: Prekäre Jobs sind unter anderem jene, die auf einen kurzen Zeitraum beschränkt sind oder die mit einem hohen Jobverlustrisiko verbunden sind.
- Das Maß der Kontrolle über die Arbeit: Je weniger ein Arbeiter seine Arbeitsbedingungen, Lohn und Arbeitstempo bestimmen kann, desto unsicherer ist der Job.
- Das Maß an Schutz vor Diskriminierung, ungerechtfertigter Entlassung oder unakzeptierbaren Arbeitspraktiken durch Gesetze, Gewerkschaften etc.
- Das Maß an sozialer Absicherung wie zum Beispiel Zugang zum Sozialversicherungssystem, welches im Krankheitsfall, bei Unfällen, der Pensionierung, im Falle der Arbeitslosigkeit, etc. zu greifen beginnt.

- Die Höhe des Einkommens: Jobs mit niedrigen Einkommen gelten als prekär, wenn sie mit Armut und unsicherer sozialer Integration verbunden sind.

Obwohl es Formen der atypischen Beschäftigung, insbesondere Teilzeitarbeit, schon seit den 70er Jahren gibt, markieren die 80er Jahre eine Zäsur. Die Entstehung atypischer Beschäftigungsformen kann auf viele Faktoren zurückgeführt werden. Die Grundvoraussetzung für ihre Entwicklung stellen die Konjunkturerinbrüche und die veränderten Arbeitsmarktbedingungen der frühen 80er Jahre dar. So konstatieren Gerry und Janine Rodgers 1989:

„The most obvious explanation for growing labour market precariousness is the deterioration in labour market conditions over the last 15 years or so, reflected most clearly in persistent high unemployment. This weakening of the position of job seekers makes it possible for employers to offer less attractive jobs, if it is in their interests to do so“
(Rodgers 1989, 9ff).

Für Unternehmen stellten die neuen Formen der Beschäftigung eine billigere Alternative zu Vollzeitverhältnissen dar. Ein weiterer Grund, weshalb die Arbeitsmarktbedingungen mit dem Wachstum atypischer Beschäftigungsverhältnisse zu tun haben, liegt darin, dass letztere für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie junge Menschen, Mütter etc. einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt gestatten. Hinzu gesellte sich die Modifikation der Gesetze, welche die Schaffung atypischer Beschäftigungsverhältnisse erleichterte.

Als bedeutende Faktoren für das Aufkommen atypischer Beschäftigung sind weiters die veränderte Unternehmensstruktur, insbesondere das Modell der flexiblen Firma, und das stetige Wachsen des Dienstleistungssektors seit den 70er Jahren zu nennen. Da diese Branchen generell einen hohen Anteil an atypisch Beschäftigten aufweisen, war es zu erwarten, dass mit ihrem Anstieg auch der Anteil der atypischen Beschäftigungsformen zunimmt. Andere Gründe, die für die Entstehung atypischer Beschäftigungsformen nicht unerheblich sind, liegen beispielsweise in der Akzeptanz seitens der ArbeitnehmerInnen, welche vor allem durch die Relation von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage bestimmt wird (vgl. Keller 1995, 236).

In Österreich hat die Zahl der atypisch Beschäftigten in den letzten Jahren rasant zugenommen. Nach den Zahlen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit stieg die Teilzeitquote bei Frauen von 32,2% im Jahre 1999 auf 37,5% im Jahre 2002. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten erhöhte sich von knapp 150 000 im Jahre 1996 auf fast 212 000 Beschäftigte im Jahre 2002 – über 70% davon sind Frauen. Bei den Freien Dienstnehmern ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen, aber auch hier stieg die Anzahl der Beschäftigten in diesem Arbeitsvertrag von über 15 000 im Jahre 1998 auf ca. 24 600 im Jahre 2002²³.

²³ vgl. dazu <http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Themen/Arbeitsmarkt/default.htm>

Die Probleme, mit denen ArbeitnehmerInnen in atypischen Beschäftigungsformen konfrontiert werden, konnten bisher kaum zufriedenstellend gelöst werden. Die Gesetzeslage im Sozialversicherungsbereich ist immer noch vorwiegend auf das herkömmliche „Normalarbeitsverhältnis“ angelegt und berücksichtigt die neuen Gegebenheiten am Arbeitsmarkt nur unzureichend. Trotz der Nachteile atypischer Beschäftigungsverhältnisse zeigen Befragungen immer wieder, dass die Flexibilisierungsmaßnahmen am Arbeitsmarkt nicht nur von Arbeitgeberseite, sondern auch von den ArbeitnehmerInnen, etwa von StudentInnen oder Frauen mit Kindern, vielfach geschätzt und verstärkt nachgefragt werden – allerdings vermutlich oft nicht wirklich „freiwillig“, sondern um anderen Verpflichtungen wie etwa der Kinderbetreuung nachkommen zu können.

Ob nun wirklich freiwillig oder nicht, Aufgabe der Politik muss es in den nächsten Jahren sein, die Gesetzeslage den realen Gegebenheiten am Arbeitsmarkt anzupassen und gerade ArbeitnehmerInnen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen besser abzusichern und vollständig ins soziale Netz zu integrieren – zumal auch den kleineren Formen der atypischen Beschäftigung wie Telearbeit und Leiharbeit mittelfristig ein kräftiger Wachstumsschub vorausgesagt wird und damit das sog. Normalarbeitsverhältnis immer mehr in den Hintergrund gedrängt werden könnte.

Es ist aber zu bezweifeln, dass diese Forderung nach Absicherung politisch überhaupt gewünscht wird. Einer zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitsverträge steht bisher weitgehende Untätigkeit im Bereich der sozialen Absicherung von ArbeitnehmerInnen in atypischen Beschäftigungsformen gegenüber.

Resümee

Die Ausführungen haben gezeigt, wie erfolgreich sich neoliberale Leitbilder für Wirtschaft und Gesellschaft bereits in Politik, Medien, Wissenschaft und damit auch innerhalb der Bevölkerung etablieren konnten. Gerade am Beispiel der Standortdebatte wird die dominante Stellung des neoliberalen Paradigmas deutlich. Im Diskurs der letzten Jahrzehnte haben es neoliberale Think Tanks geschafft, ihre Konzepte als die alleinige Wahrheit unter das Volk zu bringen – es scheint keine Alternativen zum derzeitigen „Reformkurs“ zu geben, das Heil führt demnach ausschließlich über die freie Marktwirtschaft, über Privatisierung, Deregulierung und den Abbau des Sozialstaates. Der Wohlfahrtsstaat war gestern, heute herrscht der harte Wettbewerb und wer sich den neuen Gesetzen nicht fügt, geht unter.

Die Wählerinnen und Wähler akzeptieren diese Entwicklung nicht vorbehaltlos, aber immer bereitwilliger – wie die letzten Nationalratswahlen gezeigt haben. Gelingt es nicht, den öffentlichen Diskurs in eine andere Richtung zu lenken, wird es kaum möglich sein, die Abwärtsspirale in der Sozialpolitik zu stoppen. Alternativen werden derzeit von den Regierungsverantwortlichen nicht einmal angedacht, geschweige denn umgesetzt, weite Teile der Bevölkerung verlieren an Einkommen und Lebensqualität.

Eine kritische Auseinandersetzung mit den neoliberalen Thesen gerade auch zur Standortfrage findet trotz des großen Einflusses auf die öffentliche Meinung nicht nur ausgesprochen selten in der öffentlichen Debatte statt, sondern wird auch in den Sozialwissenschaften nur vereinzelt versucht. Es existieren bedauerlicherweise bisher kaum handfeste Studien, die neoliberale Thesen in Frage stellen, argumentiert wird oftmals mehr auf ideologischer und moralischer Basis. Dieser einseitige Versuch der Widerlegung neoliberaler Konzepte muss zwangsläufig scheitern, da sich der Neoliberalismus bisher geschickt in der öffentlichen Meinung als ideologiefrei und alternativlos positionieren konnte. Nicht nur die Wirtschaftswissenschaften sind hier gefragt, vor allem auch die Politikwissenschaften müssen im Aufzeigen von Zusammenhängen und Alternativen eine größere Rolle spielen.

Neben empirischen Analysen muss vor allem auch der so attraktive Begriff der „Freiheit“ der neoliberalen Schule in der Standortdebatte ins rechte Licht gerückt werden. Schon Jean-Jacques Rousseau hat im „Contrat Social“ festgestellt, dass es zwischen dem Starken und dem Schwachen die Freiheit ist, die unterdrückt und das Gesetz es ist, das befreit. Oder anders formuliert: Die Freiheit für den Hecht bedeutet den Tod der Karpfen.

Bibliographie

- Atzmüller, Roland 1997: Neoliberalismus und Hegemonie. Ideologietheoretische Überlegungen zu Neoliberalismus/ Neokonservatismus. In: ARGE Entwicklungspolitische Hochschulwochen (Hg.): Analysen & Alternativen zu einer neoliberalen Welt; Wien, S. 19-29
- Bellak, Christian 1998: Die Rolle der Direktinvestitionen im ‚Globalisierungs‘prozess. Historische Entwicklung, Qualitative und Quantitative Dynamik und Konsequenzen für die nationalstaatliche Wirtschaftspolitik. In: Kurswechsel 1/98, S. 42-68
- Bischoff, Joachim u. a. (Hg.) 1998: Das Ende des Neoliberalismus? Wie die Republik verändert wurde; Hamburg
- Bischoff, Joachim 1998a: Hegemonie und Bürgergesellschaft. In: Bischoff, Joachim u. a. (Hg.) 1998: Das Ende des Neoliberalismus? Wie die Republik verändert wurde; Hamburg, S. 53-80
- Bourdieu, Pierre 1997: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur; Hamburg
- Conert, Hansgeorg 1998: Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklungen und Kritik der kapitalistischen Ökonomie; Münster
- Ditlbacher, Ulrike 2000: Multinationale Unternehmen und Direktinvestitionen in der globalen Wirtschaft; Wien (Diss.)
- Dixon, Keith 2000: Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus; München
- Eberhart, David 1998: Massenarbeitslosigkeit und Neoliberalismus. Ein wirtschaftspolitisches Konzept auf dem Prüfstand; Stuttgart
- Edelman, Murray 1990: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns; Frankfurt/ New York
- Eucken, Walter 1960: Grundsätze der Wirtschaftspolitik; Tübingen
- Foucault, Michel 1974: Die Ordnung des Diskurses; München
- Foucault, Michel 1983: Der Wille zum Wissen, Sexualität und Wahrheit I; Frankfurt/ Main
- Hayek, Friedrich A. 1971: Die Verfassung der Freiheit; Tübingen
- Heismann, Günter 1999: Die entfesselte Ökonomie: ein Standort-Report; Berlin
- Herkammer, Sebastian 1998: Rückblick auf eine Epoche. Werte und Wende – die immanenten Widersprüche des Neokonservatismus. In: Bischoff, Joachim u. a. (Hg.) 1998: Das Ende des Neoliberalismus? Wie die Republik verändert wurde; Hamburg, S. 15-36
- Hübner, Kurt 1997: Die deutsche Volkswirtschaft unter dem Druck der Globalisierung. In: Simons, Rolf/ Westermann, Klaus: Standortdebatte und Globalisierung der Wirtschaft; Marburg, S. 26-37
- IFO 1996: Sind Löhne und Steuern zu hoch? Bemerkungen zur Standortdiskussion in Deutschland. IFO-Schnelldienst 20/96; München
- IFO 1996a: Umfang und Bestimmungsgründe einfließender und ausfließender Direktinvestitionen ausgewählter Industrieländer – Entwicklung und Perspektiven. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft; München

- Katterle, Siegfried 1998: Systematische Kritik am Konzept und an den Folgen neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. In: Büscher, Martin (Hg.): Markt als Schicksal? Zur Kritik und Überwindung neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik; Bochum, S. 17-28
- Kazmierski, Ulrich 1998: Ordnungspolitische Implikationen des Erkenntnisfortschrittes. In: Büscher, Martin (Hg.): Markt als Schicksal? Zur Kritik und Überwindung neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik; Bochum, S. 75-88
- Keller, Berndt/ Seifert, Hartmut (Hg.) 1995: Atypische Beschäftigung. Verboten oder gestalten?; Köln
- Kisker, Klaus Peter 1998: Der Neoliberalismus ist die Verschärfung, nicht die Lösung von Krisen. In: Bischoff, Joachim u. a. (Hg.) 1998: Das Ende des Neoliberalismus? Wie die Republik verändert wurde; Hamburg, S. 81-91
- Kreisky, Eva 2001: Ver- und Neuformung des politischen und kulturellen Systems. Zur maskulinen Ethik des Neoliberalismus. In: Kurswechsel 4/2001, S. 38-50
- Marterbauer, Markus/ Walterskirchen, Ewald 2002: Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten; Wien (WIFO)
- Plehwe, Dieter/ Walpen, Bernhard/ Nordmann, Jürgen: Neoliberale Wahrheitspolitik. Neo- bzw. rechtsliberale Intellektuellen- und Think-Tank-Netzwerke als Säulen einer hegemonialen Konstellation. <http://www.buena-vista-neoliberal.de/texte/wahrpol.pdf>
- Pawlowsky, Verena 2000: Arbeitslosenpolitik im Österreich der dreißiger Jahre. In: Beiträge zur historischen Soziologie: Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939; Wien, S. 24-32
- Rodgers, Gerry/ Rodgers, Janine (Hg.) 1989: Precarious Jobs in Labour Market Regulation; Brüssel
- Schulmeister, Stephan 2002: Strategien gegen den Neoliberalismus. Ansätze zur Bewältigung eines gesellschaftlichen Problems. In: Widowitsch, Roland u. a. (Hg.): Im Roulett der Finanzmärkte. Alterssicherung in Zeiten des Neoliberalismus; Wien, S. 17-30
- Steiger, Christian 1998: Internationale Direktinvestitionen und Standortkonkurrenz. Eine empirische Untersuchung über ausländische Unternehmungen in Zürich und Genf; Zürich (Diss.)
- Stiefel, Dieter 2000: Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt im Österreich der Zwischenkriegszeit. In: Beiträge zur historischen Soziologie: Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939; Wien, S. 17-23
- Streissler, Erich 1997: ‚Amerikanisierung‘ Europas? Zur Vereinbarkeit von Wirtschaftsliberalismus und demokratischen Wohlfahrtsstaat. In: Antalovsky, Eugen u.a. (Hg.): Integration durch Demokratie. Neue Impulse für die Europäische Union; Marburg, S. 355-363
- Talos, Emmerich/ Wörister, Karl 1998: Soziale Sicherung in Österreich. In: Talos, Emmerich (Hg.): Soziale Sicherung im Wandel. Österreich und seine Nachbarstaaten im Vergleich; Wien, S. 209-288
- Thurow, Lester 1996: Die Zukunft des Kapitalismus; Düsseldorf/ München
- Zapfel, Björn 2002: Die Häresie alternativer Ökonomie: Überlegungen zu den Grundlagen neoliberalen Denkens und Ansatzpunkten ökonomischer Alternativen; Wien (Diss.).
- Zinn, Karl G. 1998: Ideologie als materielle Macht. Zur rückeroberten Massenwirksamkeit des reaktionären Wirtschaftsliberalismus. In: Bischoff, Joachim u. a. (Hg.): Das Ende des Neoliberalismus? Wie die Republik verändert wurde; Hamburg, S. 37-52